



**Daniel Lampart (48)**

**Chefökonom Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)**

« Trump ist unberechenbar. Prognosen sind kaum möglich. Das angekündigte Investitionsprogramm wäre positiv. Wenn sich die USA hingegen abschotten und weniger importieren, ist das negativ für Exportländer wie die Schweiz. Denn die USA kaufen heute jährlich für rund 30 Milliarden Schweizer Produkte. »

**Daniel Kalt (46)**

**Chefökonom UBS**

« Kurzfristig wird Trump der US-Wirtschaft mit Steuersenkungen und Ausgabeprogrammen für Infrastrukturen wohl Schub geben. Das gibt indirekt auch der Weltwirtschaft und damit der Schweiz Rückenwind. Längerfristig gibt es hingegen Risiken. Für uns in der Schweiz wäre ein eskalierender Handelsstreit mit China und anderen grossen Wirtschaftsblöcken ein erhebliches Problem. Als kleine, extrem exportabhängige Wirtschaft würde die Schweiz in einem solchen Umfeld leiden. »

**Wahrscheinlichstes Szenario**

« Ich denke, es wird weniger schlimm kommen, als viele heute befürchten. Sicherlich müssen wir dafür auch darauf hoffen, dass Trump auf die gemässigten Berater hört, die er in seinem Umfeld hat, und dass er viele seiner im Wahlkampf geäusserten, zum Teil extremen Pläne nicht eins zu eins umsetzt. »



**POLITIK & WIRTSCHAFT**

**Was bringt die Digitalisierung?**

**Bern** – Der Bundesrat soll einen Bericht zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt erstellen. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat überwiesen. Unter anderem soll die Regierung aufzeigen, ob die heutigen Ausbildungen den neuen Anforderungen im Bereich Digitalisierung genügen.

**Kommission soll Knebelverträge prüfen**

**Bern** – Der Ständerat will ein Verbot von Knebelverträgen durch Online-Buchungsplattformen mit Hotels prüfen (BLICK berichtete). Er überwies einen entsprechenden Vorstoss des Solothurner CVP-Ständerats Pirmin Bischof an die zuständige Kommission.

**Mehr offene Stellen im dritten Quartal**

**Neuenburg** – In der Schweiz gibt es mehr offene Stellen. Das geht aus dem Beschäftigungsbarometer des Bundesamtes für Statistik hervor. Insgesamt registrierte das Amt im dritten Quartal 2016 einen Anstieg von 8,1 Prozent. Das entspricht einem Plus gegenüber dem Vorjahr von 4000 Stellen. Angeboten wurden sie vor allem im Tessin und in der Genferseeregion.

**Börse & Devisen**

SMI	7845.0 (+0.3%)	↗
DOW JONES	19121.6 (-0.12%)	↘
EURO/CHF	1.07	→
USD/CHF	1.01	↘
GOLD	38 716 Fr./kg	↘
ERDÖL	46.49 \$/Fass	↘



Foto: EQ Images

FDP-Ständerat Philipp Müller.

**Heute Zuwanderungs-Debatte**

**Müller-Vorrang im Ständerat**

**H** heute kommt es im Ständerat zum Showdown in der Zuwanderungsfrage. Er entscheidet über die Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative (MEI). In der Debatte genießt einer doppel Vorrang: Der Aargauer FDP-Ständerat Philipp Müller. Er steckt hinter dem Konzept für einen Inländervorrang in Berufsgruppen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit. Verbunden mit einer Melde-, Interview- und Begründungspflicht bei offenen Stellen. Als offizieller Kommissionssprecher steht Müller ebenfalls im Fokus.

Er wird sich gegen das CVP-Konzept zu wehren wissen, das notfalls härtere Massnahmen gegen den Willen der EU ermög-

lichen will. **Just in diese Debatte platzt eine neue Studie der Zürcher Volkswirtschaftsdirektion.** Demnach sind vier von fünf Arbeitnehmer, die aus dem Ausland kommen, nicht dringend benötigte Fachkräfte, wie die «NZZ am Sonntag» berichtete. **Sie werden vor allem im Detailhandel, in der Gastronomie und auf dem Bau** geholt, obwohl in dieser Branche die Arbeitslosigkeit im Inland vergleichsweise hoch ist.

Müller selbst wollte die Studie gestern nicht kommentieren. Der Ausserrhoder FDP-Ständerat Andrea Caroni hingegen sieht das freisinnige Konzept dadurch bestätigt. «Wir greifen gezielt bei jenen Berufen ein, wo genügend inländi-

sche Arbeitskräfte vorhanden sind.» **So dürfte sich das FDP-Modell heute unverändert durchsetzen.** Die Allianz der FDP mit SP und Grünen verfügt nämlich über 26 von 46 Stimmen. Dann ist der Nationalrat wieder am Zug, er könnte die Begründungspflicht streichen.

Ruedi Studer

**Sparhammer des Tages Beamte haben keine Lobby**

**Bern** – Die Beratung des Stabilisierungsprogramms war eine harzige Angelegenheit für die bürgerlichen Finanzpolitiker. Waren sie doch angetreten, um deutlich mehr für die Bundeskasse herauszuholen als der Bundesrat. **Doch für die meisten ihrer Rotstift-Anträge fanden sie nicht mal in den eigenen Fraktionen ungeteilte Unterstützung.** Nur gerade in einem Fall konnten sie den Sparhammer niedersausen lassen. Der trifft jetzt mit voller Wucht die Beamten. Der Nationalrat will, dass der Bundesrat in den Jahren 2018 und 2019 je 100 Millionen Franken zusätzlich bei der Verwaltung einspart. Damit zeigt sich einmal mehr, dass im Parlament nur verschont wird, wer eine starke Lobby hat. **So mussten gestern weder die Bauern dran glauben noch die Universitäten:** Beide müssen weniger zum Sparpaket beitragen als der Bundesrat wollte. Halbwegs ungeschoren kommt auch die Entwicklungshilfe davon. Das lag jedoch just daran, dass einige SVPler und FDPler fehlten – sie weilten an einer Pressekonferenz. Der Hammer!

Sermin Faki

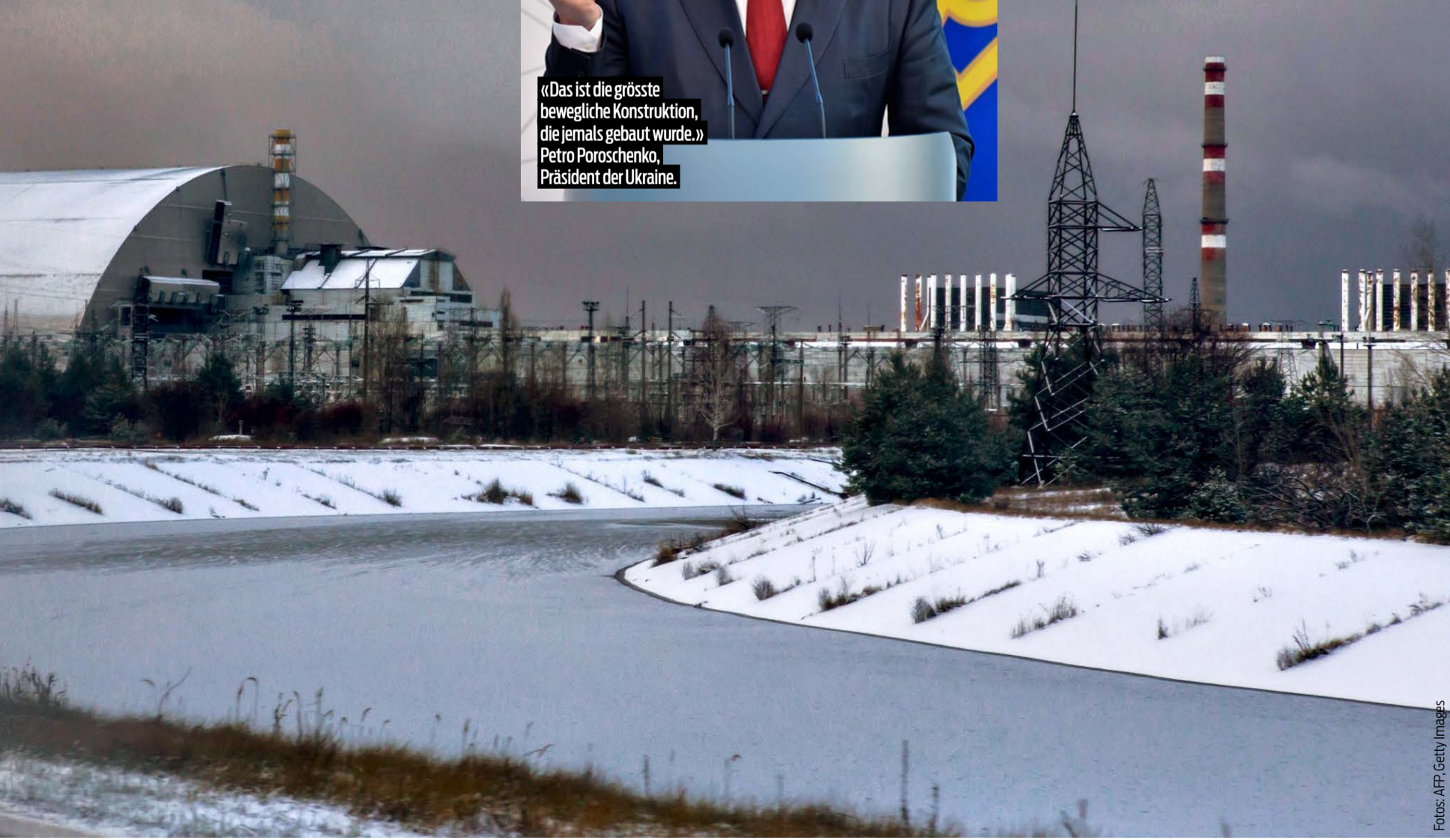


**Grösste der Welt**



«Das ist die grösste bewegliche Konstruktion, die jemals gebaut wurde.» Petro Poroschenko, Präsident der Ukraine.

**Prypiat (Ukraine)** – Er ist 108 Meter hoch und 162 Meter lang und soll die Region hundert Jahre vor radioaktiver Strahlung schützen: **der neue Sarkophag für den im Frühling 1986 explodierten Atomreaktor von Tschernobyl.** Riesige Hydrauliksysteme schoben die neue 36 000-Tonnen-Halle in zwei Wochen vom Bauplatz über den alten, rissig gewordenen Betonsarkophag, der nach der Katastrophe von der damaligen Sowjetunion errichtet worden war. «Wir haben es geschafft», sagte der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko gestern beim Festakt. Gekostet hat das Bauwerk 1,6 Milliarden Franken.



Fotos: AFP, Getty Images